

2422/J-BR/2006

Eingelangt am 20.07.2006

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Prof. Konecny
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend Geheimgespräche der Innenminister der sechs größten EU-Staaten ohne Beziehung
der österreichischen Präsidentschaft

In der heutigen Ausgabe der Tageszeitung „Die Presse“ ist folgender für die österreichische EU-Präsidentschaft und insbesondere für Innenministerin Prokop peinlicher Sachverhalt bekannt geworden: Im März dieses Jahres - also während der österreichischen EU-Präsidentschaft - haben sich im ostdeutschen Seebad Heiligendamm die Innenminister der sechs größten EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien) getroffen, um über Fragen der inneren Sicherheit und der Terrorbekämpfung zu debattieren. Darüber hinaus wurden aber laut Zeitungsmeldung auch Beschlüsse gefasst, wie etwa die bisher streng geschützten Datenbanken, die für andere Zwecke wie Asylwesen erstellt wurden, auch für die nationalen Polizeibehörden zugänglich zu machen.

Der genannte Artikel lautet wie folgt:

„Die Presse“ vom 20.07.2006

Seite: 3

Ressort: Europa

Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Geheimgespräche der großen EU-Staaten

Bericht. Britisches Oberhaus über folgenschwere Treffen von sechs Innenministern empört.

Von unserem Korrespondenten AXEL REISERER

LONDON. Das Treffen fand nur geringe Publizität. „Innenminister der EU beraten über Sicherheit während der Fußball-WM“ hieß es in Agenturmeldungen im März zu einem Treffen der Innenminister der sechs größten EU-Staaten im ostdeutschen Seebad Heiligendamm. Dass dort aber in aller Stille schwerwiegende Beschlüsse gefasst wurden, stößt nun auf heftige Kritik des britischen Oberhauses. Auch Österreichs Regierung, die sich während ihrer Ratspräsidentschaft für Initiativen im Bereich innere Sicherheit engagiert hatte, dürfte das Treffen noch sauer aufstoßen. Denn die Präsidentschaft war nicht eingeladen.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Zwar sei es "nicht anrüchig", dass sich Minister einzelner EU-Staaten informell zu Gesprächen treffen, schreibt nun der EU-Ausschuss des House of Lords in einem Bericht mit dem Titel "Behind Closed Doors". Zugleich aber bestehe "die Gefahr, dass derartige Treffen ein erhebliches Gewicht erhalten, dass sie praktisch die den EU-Institutionen vorbehaltenen Aufgaben übernehmen." Ausdrücklich warnt das Oberhaus daher vor der Schaffung "alternativer Foren".

Beschlüsse der sechs größten EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien), die sich 2003 informell zur so genannten G6 zusammengeschlossen hatten, um Fragen der inneren Sicherheit und der Terrorbekämpfung regelmäßig informell zu besprechen, würden nämlich nach Ansicht der britischen Lords "unausweichlich massiven Einfluss auf die weitere Gestaltung der Politik" in diesen Bereichen haben. Die übrigen 19 EU-Staaten würden praktisch mit "vollendeten Tatsachen" konfrontiert, und die Bekenntnisse der EU zu mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht Lügen gestraft.

Beschlüsse werden öffentlich

Eine Sprecherin des Londoner Innenministeriums wies den Vorwurf der Geheimniskrämerei rund um das G6-Treffen zurück, gelobte zugleich aber Besserung. Nach der nächsten Runde im Oktober unter britischem Vorsitz werde man alle Beschlüsse im Internet veröffentlichen. Die Lords dazu sarkastisch: "Ob eine englische Website freilich die polnische Bevölkerung über potenziell gravierende Änderungen ihrer Rechte ausreichend aufklären kann, erscheint fraglich."

Dem Oberhaus missfallen nämlich auch die Beschlüsse der G6 von März. Absichtserklärungen der führenden EU-Staaten, wonach zur besseren Terrorbekämpfung bisher streng geschützte Datenbanken (etwa von Asylwerbern) den nationalen Polizeibehörden zur Verfügung stehen sollen, stünden im Widerspruch zu bestehenden EU-Gesetzen. "Datenaustausch ist wichtig, aber nicht so wichtig, dass Bürgerrechte untergraben werden dürfen", heißt es in dem Bericht.

Mit seiner Kritik profiliert sich das oft belächelte Oberhaus erneut als Hüter der Freiheits- und Bürgerrechte. Je mehr sich die britische Regierung in der inneren Sicherheit als Scharfmacher hervortut, umso mehr sehen sich die Lords als Hüter des Rechtsstaats.

Im österreichischen Innenministerium wollte man zu dem informellen Treffen vorerst nicht Stellung nehmen. Allerdings wies eine Sprecherin von Ministerin Liese Prokop darauf hin, dass auch Österreich regelmäßig eigene Treffen mit mittel- und osteuropäischen Ländern abhalte.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wann ist Ihnen dieses in den Erläuterungen ausgeführte Treffen der Innenminister der sechs größten EU-Staaten bekannt geworden?
2. Wann hat dieses Treffen stattgefunden?
3. Haben Sie sich dafür eingesetzt, dass Sie als Vertreterin der Präsidentschaft auch zu diesem Treffen eingeladen werden?
4. Ist Ihnen bekannt, welche Themen dort besprochen wurden?
Wie wurden Ihnen die Themen mitgeteilt?
5. Ist Ihnen bekannt, welche Beschlüsse dort gefasst wurden?
Wie wurden Ihnen diese mitgeteilt?
6. Ist die Wiedergabe in der „Die Presse“ richtig, wonach bisher streng geschützte Datenbanken (etwa von Asylwerbern) den nationalen Polizeibehörden zur Verfügung gestellt werden sollen?
7. Wie soll diese Maßnahme umgesetzt werden, welche rechtlichen Änderungen wären auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene notwendig?
8. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme im Hinblick auf das europäische Grundrechtssystem?
9. Warum haben Sie zu diesem informellen Treffen gegenüber der Tageszeitung „Die Presse“ keine Stellung bezogen?
10. Gab es weitere Treffen dieses Kreises während der österreichischen EU-Präsidentschaft?
Wenn ja, was wurde dort besprochen bzw. beschlossen?

11. Wie stehen Sie generell zu solchen informellen Treffen?
12. Teilen Sie die Kritik z.B. des Britischen Oberhauses, wonach solche Treffen unausweichlich massiven Einfluss auf die weitere Gestaltung der Politik hätten, die übrigen 19 Mitgliedsstaaten nicht eingebunden sind und daher vor vollendete Tatsachen gestellt würden?
13. Was hat die österreichische Präsidentschaft unternommen, um solche informellen Treffen einzuschränken?
14. Was hat die österreichische Präsidentschaft unternommen, um die mangelnde Transparenz dieser Vorgangsweisen hintanzuhalten?
15. Wie beurteilen Sie die Aussage einer Sprecherin des Londoner Innenministeriums, die auf Kritik ankündigte, bei der nächsten Runde im Oktober dieses Jahres unter britischem Vorsitz alle Beschlüsse im Internet zu veröffentlichen?
16. Werden Sie dafür sorgen, dass diese Beschlüsse auch auf der Homepage des BMI veröffentlicht werden, damit sie den Österreicherinnen einfacher zugänglich werden?
17. Haben Sie sich als österreichische Innenministerin abgefunden, dass Sie zu diesen Treffen nicht eingeladen werden und daher kein Mitwirkungsrecht haben?
18. Haben Sie mit Vertretern Finnlands, die gegenwärtig den Vorsitz der EU inne haben, über diese Treffen der Innenminister der sechs größten EU-Staaten gesprochen? Wenn ja, welches Ergebnis brachte dieses Gespräch?